

DISPUT

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE
SONDERAUSGABE ZUM KIRCHENTAG 2017

Nächstenliebe,
Solidarität, **DIE LINKE.**
Gerechtigkeit.



Foto: Ruben Neugebauer

Inhalt

Reformation: Keine One-Man-Show.....	2
Luthers Antijudaismus	3
Seien wir solidarisch!	3
Nächstenliebe kennt keine Obergrenzen	3
Für den Menschen statt für Profite...	4
Veranstaltungen zum Kirchentag.....	4

In der LINKEN engagieren sich neben Atheistinnen und Atheisten auch Christinnen und Christen und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften. Gemeinsam setzen wir uns für Ziele und Werte ein, die in den großen Religionen genauso ihre Wurzeln haben, wie in der Aufklärung und im Humanismus: Gerechtigkeit, Frieden, Solidarität und Gleichberechtigung. DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit, eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik und ökologische Verantwortung. Friedensarbeit bedeutet für uns Protest gegen Rüstungsexporte und Aufrüstung.

Christine Buchholz, religionspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

**Wir stellen beim Kirchentag unsere Positionen zur Diskussion:
Messe Berlin, Halle 1.2a, Stand i21**

Es ist genug für alle da

■ »Du siehst mich« – die Losung des Kirchentag 2017 stellt die Menschen in den Mittelpunkt. Besonders jene, die übersehen und missachtet werden. Die Losung stammt aus dem Alten Testament, von einer jungen Frau auf der Flucht. Wir LINKE begrüßen das Engagement von Kirchen und Religionsgemeinschaften für Flüchtlinge und gegen Rassismus. Wir stehen für das uneingeschränkte Recht auf Asyl und für sichere Fluchtwege.

Gemeinsam mit den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften wollen wir dafür streiten, dass niemand vergessen und übersehen wird. Viele Menschen fallen aus der öffentlichen Wahrnehmung: weil sie arm, auf Unterstützung angewiesen oder weil sie auf der Flucht sind.

Wir treten ein für ein friedliches Zusammenleben mit allen Glaubensgemeinschaften und für die Religionsfreiheit. In Deutschland wird die religiöse Vielfalt

durch öffentlich vertretene Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden und gegen Muslime in Frage gestellt. Im Verbund mit Vielen können wir uns gegen wachsende Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Neofaschismus wehren und sie zurückdrängen.

Es ist genug für alle da: Mit einer gerechten Besteuerung von Reichtum können wir das Öffentliche stärken und den Alltag für die Mehrheit der Menschen verbessern.

Wer die Welt ändern will, muss etwas dafür tun

Der LINKE Thüringer Ministerpräsident **Bodo Ramelow** erklärt, warum er auf dem Kirchentag ist

■ Wie passen für Dich Glauben und LINKE Politik zusammen?

Zunächst mal ist mein Glaube meine höchstpersönliche Angelegenheit, die sich mit meiner Auffassung verbindet, dass es mehr gibt, als das, was menschlicher Geist zu fassen vermag. Das trenne ich von meiner politischen Arbeit. Deshalb habe ich auch bewusst darauf verzichtet, meinen Amtseid mit einem religiösen Bezug zu verbinden. Die Verbindung liegt eher in dem Bewusstsein: Wer meint, dass es darum geht, unsere Welt gerechter zu gestalten, muss dafür etwas tun. Als Christ verbindet sich das mit dem Begriff der Nächstenliebe. Der Gewerkschafter streitet für Tariflöhne und faire Arbeitsbedingungen und der LINKE streitet für eine soziale, demokratische und friedliche Gesellschaft. Da gibt es Über-

schneidungen, aber eben auch Unterschiede.

Nächstenliebe und Gerechtigkeit sind wichtige Themen der Kirche. Aber ist Kirche nicht auch ungerecht?

Geht es um die gläubigen Menschen, die genauso Kirche sind, oder geht es um die Institution »Kirche«? Wenn ich sehe, welchen Stellenwert das Engagement von Christen in dieser Gesellschaft hat, dann ist doch genau das praktizierte Nächstenliebe. Und denken wir daran, was Kirchen im Gesundheits-, im Pflege- und im Sozialbereich in Deutschland leisten, dann kann ich das schwer als ungerecht bezeichnen. Ja, es stimmt: Als Gewerkschafter sehe ich, das kirchliche Einrich-

Fortsetzung auf Seite 2 →



Foto: Martin Heilmann

Reformation: Keine One-Man-Show

■ Zeitgleich mit dem 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und Wittenberg finden sechs dezentrale »Kirchentage auf dem Weg« statt. Sie stehen unter der gemeinsamen Losung »Du siehst mich« und haben außerdem ein eigenes Motto. So werden Halle (Saale) und die Lutherstadt Eisleben – »Zwei Städte für ein Halleluja« – einem dieser Kirchentage auf dem Weg einen Rahmen geben.

Halle galt als Lieblingsresidenz der Magdeburger Erzbischöfe. Albrecht von Brandenburg, Erzbischof von Mainz und Magdeburg, lebte in der Stadt und prägte ebenso ihr heutiges Stadtbild wie er den Ablasshandel förderte. Eisleben, im Landkreis Mansfeld-Südharz gelegen, ist ein biografischer Ort des Reformators Martin Luther. Hier wurde er 1483 geboren. St. Andreas war seine letzte Predigtstätte. 1546 ist er hier gestorben. Beide – Albrecht von Brandenburg und Martin Luther – waren wichtige Akteure der Reformation.

Vor 500 Jahren initiierte Martin Luther in Wittenberg mit seinen 95 Thesen die grundlegende Veränderung der Kirche und Europas. Und doch war es keine One-Man-Show, wie der Slogan »Luther2017« und die Bezeichnung »Lutherjubiläum« annehmen lassen. Auch andere haben einen wichtigen Beitrag zur Umgestaltung des europäischen Kulturraums geleistet. Zu ihnen gehören Johannes Calvin, Ulrich Zwingli, Andreas Bodenstein genannt Karlstadt und Thomas Müntzer.

Martin Luther und Thomas Müntzer sind, wie die Orte Eisleben, Mansfeld, Stolberg und Allstedt zeigen, eng mit der

Region und dem heutigen Landkreis Mansfeld-Südharz verbunden. Im ausgehenden 15. Jahrhundert führten neue Verfahren im Bergbau und Hüttenwesen zu einer wirtschaftlichen Blüte in der Region. Im Mansfelder Land lag eines der bedeutenden Montanreviere der Welt. Einer der Gründe, warum Hans und Margarethe Luder – die Eltern des Reformators – hier sesshaft wurden.

Vor 500 Jahren war die Welt im Umbruch. Die Expansion des Osmanischen Reiches löste in Europa eine neue Bedrohungserfahrung aus. Der Buchdruck setzte eine Medienrevolution in Gang. Europa erlebte an der Schwelle des 16. Jahrhunderts einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung, der mit Bevölkerungswachstum, Nahrungsverknappung, Hungerkrisen und einer Konjunktur des Städtewesens einherging. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich zunehmend.

Die Menschen bewegte die Frage nach dem richtigen Glauben. Für ihr persönliches Seelenheil war es notwendig, sich zu positionieren. Diese Gewissensentscheidung erforderte ebenso Mut, konventionelle Grenzen zu überschreiten, wie sie zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Zerstörung der Angst vor der Verdammnis beitrug. Unter Berufung auf Schrift und Gewissen beteiligten sich Frauen und Männer am reformatorischen Diskurs gegen die Hierarchie und Tradition der römischen Kirche und gegen gesellschaftliche Missstände.

Die Theologen Martin Luther und Thomas Müntzer gaben Antworten, mobilisierten Menschen im Sinne der christli-



chen Botschaft von Gerechtigkeit, Frieden und Erlösung für alle. Martin Luther stärkte die weltliche Obrigkeit und beförderte deren Lösen aus den Zwängen geistlicher Bevormundung, ohne die bestehenden Verhältnisse infrage zu stellen. Das zeigt sich unter anderem in seiner Haltung gegenüber den aufständischen Bauern. Thomas Müntzer hingegen unterstützte Versuche, die Lebensverhältnisse zu verändern. Er stellte sich an die Seite des »gemeinen Mannes«, der seinen Anspruch auf Teilhabe und Mitspra-

chen Botschaft von Gerechtigkeit, Frieden und Erlösung für alle. Martin Luther stärkte die weltliche Obrigkeit und beförderte deren Lösen aus den Zwängen geistlicher Bevormundung, ohne die bestehenden Verhältnisse infrage zu stellen. Das zeigt sich unter anderem in seiner Haltung gegenüber den aufständischen Bauern. Thomas Müntzer hingegen unterstützte Versuche, die Lebensverhältnisse zu verändern. Er stellte sich an die Seite des »gemeinen Mannes«, der seinen Anspruch auf Teilhabe und Mitspra-

chen in der Gewissheit der sola scriptura (Allein die Schrift), der Freiheit aller Christenmenschen und des Priestertums aller Gläubigen formulierte und darum kämpfte.

Angelika Klein,
Landrätin Mansfeld-Südharz
Elke Stolze, Reformationsbeauftragte
des Landkreises Mansfeld-Südharz

Fortsetzung von Seite 1: Interview mit Bodo Ramelow

tungen Veränderungsbedarf im Bereich vom Arbeits- und Tarifrecht haben. Ich wünsche mir hier mehr Mut der Kirchen, muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass manche gewachsene Struktur nicht leicht zu verändern ist. Und ich weise auch auf Papst Franziskus hin, der seiner katholischen Amtskirche sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben hat, dass auch kirchliche Institutionen eine Verantwortung dafür haben, Nächstenliebe und Gerechtigkeit nicht nur als Botschaften in die Welt zu tragen, sondern auch selbst zu leben.

Die Losung des Kirchentags lautet »Du siehst mich« aus dem 1. Buch Mose 16,13. Was sagt Dir dieser Satz?

Für mich bedeutet die Losung in erster Linie, dass wir gerade auch jene Menschen im Blick haben, deren Sorgen, Ängste und Probleme nicht die Schlagzeilen beherrschen und die nicht zu den Lauten gehören. Das sind jene, die seit Jahren unter uns leben, ohne Anspruch auf einen legalen Status, die oft massiv von Ausbeutung betroffen sind oder jene, die mit wenig Einkommen ihren Alltag zu meistern haben. Solche Menschen gehören für mich in den Blickpunkt. Allzu oft haben wir die Schreihälse im Blick und zu selten jene, die im Schatten stehen. Und natürlich geht es auch darum, nicht nur schwarz-weiß zu sehen, sondern auch die Facetten, die uns alle ausmachen. »Du siehst mich« heißt eben auch: Du nimmst mich achtend wahr, nicht ver-

nichtend. Du siehst meinen Standpunkt und erwidert ihn.

Worauf freust Du Dich beim Kirchentag besonders?

Wie bei jedem Kirchentag freue ich mich vor allem über die Gelegenheit zum Gespräch und Austausch. Ich finde, den Kirchtag macht aus, dass dort viele Zusammenkommen, die sich stark für ihre

Gesellschaft interessieren und engagieren. Sie tun das mit einem christlichen Hintergrund und bringen sich ein mit ihren Meinungen und Überzeugungen. Es ist eine ganz eigene Stimmung, die ich immer als sehr besonders wahrnehme. In besonderer Weise lässt sich das auf dem Markt der Möglichkeiten erleben. In diesem Jahr ist der Kirchentag ja nicht nur zentral in Berlin, er ist auch auf dem Wege. Im 500. Jahr der Reformation

macht er auch in Thüringen Station, und zwar in Erfurt, Jena und Weimar. Natürlich freue ich mich, dass auch Thüringen Gastgeber für viele evangelische Christen sein kann.

Ich selbst werde an verschiedenen Elementen auf dem Kirchentag mitwirken: Von der Bibelarbeit bis zur Debatte über Rüstungsexporte. Da ist es schwer, das Besondere herauszuheben. Es ist eher die Vielfalt, auf die ich mich freue.



Luthers Antijudaismus

■ Wer über Martin Luther spricht, darf seinen Hass gegen Juden nicht verschweigen. Seine Schrift: »Von den Juden und ihren Lügen« ist fast vierhundert Jahre später zum fatalen Drehbuch des größten staatlich organisierten Judenpogroms der deutschen Geschichte geworden. Das war der Auftakt einer angeblich wissenschaftlichen Rassenlehre, in deren Namen die Nazis europaweit 6 Millionen Juden ermordeten.

Judenpogrome fanden bereits Jahrhunderte vor der Kreuzigung Jesu statt. Der Kern des gesellschafts- und machtpolitischen Antijudaismus ist nicht erst die Kreuzigung Jesu – der Jude war – sondern die kritische Botschaft des Alten Testaments: das Recht und die Pflicht zur Sklavenbefreiung. Weil Menschen Gottes Ebenbild sind, darf keiner versklavt und kein Herrscher vergöttlicht werden. Als Sünde gilt, wenn die Nach-

kommen der einst durch Moses aus Ägypten befreiten Hebräer sich wie Sklavenhalter benehmen.

Dieser Ansatz ist bis heute Herausforderung. Die alttestamentliche Forderung »um Gottes Willen« Ausbeutung des Menschen durch Menschen und Benachteiligung durch Klassen nicht zuzulassen, fordert die Befreiung aller Sklaven. Denn Sklavenbefreiung ist das wichtigste Tätigkeitsmerkmal des »Gottes der Väter«. Die zehn Gebote der mit Moses geflüchteten Sklaven sind Leitlinie für ihr künftiges Handeln: allen Menschen gebührt gleiche Ehre. Aber wegen dieser Anforderung nach Befreiung bekämpfte Luther die Bauern, die doch erst durch seine Reformation ermutigt worden waren, als sie für ihre Befreiung verzweifelt zu den Waffen griffen.

Antijudaismus ist kein Rassismus, sondern bekämpft die biblisch gebotene Gleichberechtigung aller Menschen, in Gerechtigkeit und Frieden leben können. Luther selber blieb leider in mittelalterlicher Gehorsamspflicht und Teufelsangst befangen. Uns bleibt heute, die befreiende Reformation endlich zu radikalieren!

Ilsegrit Fink, Theologin, Pfarrerin i. R., freie Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Foto: Jonathan – Fotolia.com

Nächstenliebe kennt keine Obergrenzen

■ Nach einer Erhebung vom vergangenen Sommer gaben 18 Prozent der Konfessionslosen, aber 10 Prozent der Katholiken und 6 Prozent der Protestanten an, die AfD wählen zu wollen. Kein Grund für Christen und Christinnen, sich selbstgerecht zurückzulehnen, zeigt der von Stefan Orth und Volker Resing herausgegebene Sammelband »AfD, Pegida & Co. Angriff auf die Religion?«. Dreh- und Angelpunkt ist dabei das Verhältnis zum Islam.

Der Islam ist für die AfD eine imperialistische Ideologie,

weil er einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt. Die AfD will Minarette und Verschleierungen verbieten, Islamunterricht einstellen und alle Staatsverträge mit islamischen Verbänden kündigen. Das ist sehr ernst zu nehmen, weil diese



Positionen auf fruchtbar gemachten Boden fallen. In der Debatte etwa durch Thilo Sarrazin. Auf der Straße oder im Netz durch Pegida und die Identitäre Bewegung und innerhalb der christlichen Milieus über Netzwerke und Portale wie kath.net oder idea.de.

Der Kern rechtspopulistischer Argumentation ist, dem Islam den Religionsanspruch zu nehmen. So wird er so aus dem Schutzbereich der Religionsfreiheit genommen und damit ein Menschenrechte in Frage gestellt. Mit der Reduktion des Islam auf eine kriegerisch-aggressive Ideologie ist die AfD »paradoxe Weise der Zwilling der Islamisten und seine stärkste Unterstützerorganisation in Deutschland«, heißt es in dem Sammelband. Hier setzen die Autoren aus Theologie und Politikwissenschaft an und zeigen die Ambivalenz von Religionen bei Macht- und Gewaltfragen auf.

Sie sehen Überschneidungen zwischen rechtskatholischen sowie evangelikalen Netzwerken und dem Rechtspopulismus und kritisieren, dass die Kirchen zu lange weggeschaut haben. Die Kirchen sollten Kooperationspartner besser prüfen, heißt es: »In dem Maße, wie sich die AfD noch weiter radikalisiert, kommt ein Gespräch mit AfD-Vertretern immer weniger in Frage.« Die Autoren verteidigen ihr Bekenntnis des Lebens als »Dienst für andere.« Was ihr dem Geringsten getan habt, habt ihr mir getan. Nächstenliebe hat keine Obergrenzen.

Helge Meves arbeitet im Bereich Strategie und in der religionspolitischen Kommission der LINKEN

»AfD, Pegida & Co. Angriff auf die Religion?«

Stefan Orth/Volker Resing (Hrsg.), Herder, Freiburg 2017, 208 S., 16,99 Euro

Seien wir solidarisch!

■ Die Losung des Kirchentag »Du siehst mich« ist ein Satz aus der Bibel mit einer Geschichte, die auch uns Linke einen guten Hinweis auf unser alltägliches Handeln geben kann. Hier geht es nicht nur darum, dass ein Gott uns sieht, sondern, dass wir auch all jene sehen, die schwach sind, denen Unrecht geschieht – oder die auf der Flucht waren und jetzt bei uns sind.

Die Losung ist ein Satz aus dem 1. Buch Mose. Er stammt von der Sklavin Hagar. Sie diente Sarah, der Frau von Abraham. Sarah und Abraham waren alt und kinderlos. Sarah befiehlt Hagar, ihrem Mann ein Kind zu schenken. Hagar war bislang ein Objekt, eine Dienerin. Jetzt wird sie schwanger. Hagar beginnt sich aus der Sklaverei zu emanzipieren. Sie verlässt den Ort ihrer Unterdrückung und flieht in die Wüste. Kurz vor dem Verdurstet spricht ein Engel zu ihr: Vertraue mir, kehre um und gebäre dein Kind. Hagar ist erstaunt: »Du siehst mich!« – mich, die fremde Sklavin, die Geflüchtete, die, die sonst nicht zählt. Hagar überlebt ihre Flucht, weil sie etwas erfahren hat, das auch als Anerkennung zu verstehen ist. Die gesellschaftlich Unsichtbare wird sichtbar.

Wir können diese biblische Geschichte als Linke mühelos ins Hier und Jetzt übersetzen: Sehen wir hin! Machen wir sichtbar, was in unserer Gesellschaft namenlos und ungesehen bleiben soll: Die Armut der Vielen, die Ungerechtigkeit im

Alltag, die Diskriminierung jener, die anders sind – die fehlende soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Es betrifft besonders jene, die bei uns Schutz suchen. Seien wir solidarisch und schauen wir nicht weg, wenn sich vor den Küsten Europas eine humanitäre Katastrophe abspielt: Über Tausend Menschen ertranken seit Beginn des Jahres auf der Flucht vor Krieg und Hunger. Menschen fliehen, weil sie dort, wo sie lebten, nicht mehr leben können. Wenn im Mittelmeer ein marodes und überfülltes Flüchtlingsboot

kentert, erfährt die Öffentlichkeit nichts über die Toten. Die Opfer haben kein Gesicht, tragen keine Namen, sind ohne Geschichte. Wir aber sollten sie sehen. Die Geflüchteten sind die Zeugen unserer Zeit. Sie sind die Boten einer globalen Ungerechtigkeit, die es aufzuheben gilt – hier, wie überall.

Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Donnerstag, 25. Mai, 14.30 Uhr, Bühne in Halle 1.2b

Die Verdammten der Globalisierung

Gäste: **Katja Kipping**, **Stephan Lessenich** (Soziologe), **Mussie Zerai** (Priester, Träger des Menschenrechtspreis von Pro Asyl)



Foto: Matija Jovanovic



Für den Menschen statt für Profite

■ Vor ein paar Wochen besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel die wahhabistische Diktatur Saudi-Arabien. An dieser Reise wird die ganze Heuchelei der Außenpolitik der Bundesregierung deutlich. Zwar hat die Kanzlerin die schlimme Menschenrechtslage im Land und auch den Krieg gegen das Nachbarland Jemen kritisiert. Doch wie im Falle der islamistischen Diktatur Türkei bleibt diese Kritik folgenlos. Die Unterstützung Saudi-Arabiens geht weiter, es werden sogar neue militärische Kooperationen vereinbart. Künftig soll die Bundeswehr sogar saudische Soldaten ausbilden. Die brutale Diktatur, die Frauenrechte mit Füßen tritt und für die Religionsfreiheit ein Fremdwort ist, scheint für die Bundesregierung zu wichtig zu sein, als dass man einen Politikwechsel in Erwägung zöge.

Obgleich von der Bundeskanzlerin beklagt, werden im Jemen weiterhin tausende Zivilisten auch deutschen Waffen zum Opfer fallen. Denn zwischen 2001 und 2014 hat die Bundesregierung Waffen im Wert von fast 2,6 Milliarden Euro an Saudi Arabien verkauft. Auch 2016 wurden Rüstungsverkäufe im Gesamtwert von 530 Millionen Euro an die saudische Diktatur genehmigt. Derweil setzt die saudische Regierung weiterhin auf Bombardierungen von Städten und Dörfern sowie auf eine Blockade im Jemen, die kaum bemerkt von der Weltöffentlichkeit zur größten humanitären Katastrophe unserer Zeit heranwächst. Sieben Millionen Menschen im Jemen hungern. UNICEF berichtet, dass für eine halbe Million Kinder akute Lebensgefahr besteht. Doch die Appelle der UN für eine humanitäre Soforthilfe verhallen weithin ungehört. Von den erforderlichen 1,9 Milliarden Euro sind lediglich 15 Prozent eingesammelt, die Bundesregierung stellt gerade einmal 50 Millionen zur Verfügung. Forderungen der LINKEN, adäquat zur wirtschaftlichen Stärke unseres Landes 10 Prozent der Kosten zu übernehmen, treffen auf wenig Widerhall bei Union und SPD. Schlimmer noch als das Versagen der nötigen Soforthilfe ist aber die kon-

krete deutsche Unterstützung der saudischen Regierung, die für den massenhaften Hungertod im Jemen hauptsächlich verantwortlich ist.

Die Hungertoten unserer Zeit gehen aber nicht nur auf das Konto einer unvermeidbaren Kriegs- und Waffenexportpolitik. Verantwortlich ist zudem eine kapitalistische Wirtschaftsordnung, in der Profite mehr zählen als Menschenleben und in der ein paar Dutzend Superreiche mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Verantwortlich sind sogenannte »Freihandelsabkommen«, die die heimische Produktion in ärmeren Ländern vernichten und sie zur Beute von westlichen Agrarmultis und Industriekonzernen machen. »Diese Wirtschaft tötet«, hat Papst Franziskus der Weltöffentlichkeit ins Stammbuch geschrieben. »Wir lassen sie verhungern«, so die Analyse von Jean Ziegler, ehemaliger Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen

für das Recht auf Nahrung. Recht haben die beiden.

Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter 10 Jahren. Dabei bräuchte es gerade mal 20 Milliarden Euro pro Jahr, um Hunger und Unterernährung auf diesem Planeten zu überwinden. Das ist ein kleiner Bruchteil jener Billionensumme, die weltweit jährlich für Rüstung ausgegeben wird. Es ist gut, dass dieser Skandal von den Kirchen – etwa vom Papst auf der katholischen Seite oder von Margot Käßmann bei den Protestanten – beharrlich angeprangert wird. Hunger und Kriege sind keine Naturkatastrophen, sondern von Menschen gemachte Übel. Auch die Bundesregierung könnte viele tausende Menschen vor dem Hungertod retten. Sie müsste nur anders handeln: Statt Waffen in Krisengebiete zu liefern und Milliardensummen für Rüstung und Kriegseinsätze zu verpulvern, müsste sie armen Ländern echte Entwicklungshilfe leisten und von neoliberalen Handelsabkommen Abstand nehmen. Es ist Zeit für mutige Entscheidungen: Für den Menschen statt für Profite.

Sahra Wagenknecht, Spitzenkandidatin der LINKEN zur Bundestagswahl

Veranstaltungstipps

Lesung:

»Angst ums Abendland«, **Daniel Bax**
Donnerstag, 25. Mai, 12 Uhr,
Berlin Messe, Halle 1.2a, Stand i21

Diskussion:

R2g – »Wir sehen alle«. Ist eine Gerechtigkeitswende möglich?
Katja Kipping, Bodo Ramelow
Donnerstag, 25. Mai, 13.30 Uhr,
Berlin Messe, Halle 1.2a, Stand i21

Diskussion:

Die Verdammten der Globalisierung
Katja Kipping, Stephan Lessenich, Mussie Zerai
Donnerstag, 25. Mai, 14.30 Uhr,
Berlin Messe, Bühne in Halle 1.2b

Buchvorstellung:

»Schwarzbuch – Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr«
Christine Buchholz, verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag
Donnerstag, 25. Mai, 14.30 Uhr,
Berlin Messe, Halle 1.2a, Stand i21

Im Gespräch: Klaus Lederer

Religiöse Diversity in Berlin
Donnerstag, 25. Mai, 15.30 Uhr,
Berlin Messe, Halle 1.2a, Stand i21

Im Gespräch: Bernd Riexinger

Gute Arbeit
Freitag, 26. Mai, 14 Uhr,
Berlin Messe, Halle 1.2a, Stand i21

Seminar:

Reformation und Revolution: Luther, Müntzer, Marx
Freitag, 26. Mai, 16 Uhr,
Messe Berlin, Meetingsbridge A,
Raum Lindau

Politisches Nachtgebet

mit **Bodo Ramelow** und anderen
Samstag, 27. Mai, 22.30 Uhr,
Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche,
Breitscheidplatz, Berlin

Impressum:

DISPUT – Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, Sonderausgabe zum Kirchentag, REDAKTION: Christine Buchholz, Anja Krüger, Thomas Lohmeier (V.i.S.d.P.), LAYOUT: Martin Heinlein, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

ES GIBT IMMER etwas zu DISPUTieren

Diskussion, Argumentation, Streit, Information, Moderation, Solidarität



www.die-linke.de/disput

Bitte einsenden an:
DIE LINKE
Redaktion DISPUT
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Die Mitgliederzeitschrift der Partei

DIE LINKE.

Ich aboniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort ein

Halbjahresabonnement zum Preis von 12,- Euro inkl. Versandkosten.

Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten.

Ich nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 1. Unterschrift

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum zum gültigen Bezugszeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 2. Unterschrift